Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hofl. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 46

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 19. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Ein Antrag Auer (S.-D.) und Gen. auf Einstellung des gegen den Abg. Klees schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.

Es folgt die erste Berathung des **Weinsteuergesetzes.**

Staatssekretär **Graf v. Posadowsky:** Viele Leute, auch in Norddeutschland, stehen der Besteuerung des Weines sympathischer gegenüber als der seines etwas plebejischeren Bruders, des Bieres. In Geldfragen hört aber die Gemüthlichkeit auf. (Zustimmung.) Wir haben zur Ergänzung des Reichssteuersystems die Weinsteuer vorgeschlagen, vor allen Dingen, weil es sich um einen Luxusartikel handelt. (Widerspruch.) Auch der geringere Wein gewinnt außerordentlich an Werth durch eine vernünftige Kellerbehandlung, die an sich nicht große Kosten verursacht. Die vorgeschlagene Steuer ist außerordentlich gering, sie ist geringer als die bestehende württembergische Einheitssteuer. Es ist nicht zu fürchten, daß sie von den Händlern auf die Winzer abgewälzt werden wird. Ein wichtiger Grund wurde aus dem Unterschied hergeholt zwischen dem Wein als Volksgetränk und dem Luxuswein. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß man billigen Wein in Massen produziren werde, der nicht unter die Steuer falle. Das ist nicht zu befürchten. Ein Vorzug des Gesetzes ist auch der, daß der Luxuswein eine angemessene Steuer zu tragen hat, während der billige Wein nur nach einem mäßigen Satz besteuert wird. Man hat gesagt, durch das Gesetz werde jeder Großhändler Kleinhändler werden müssen. Die Großhändler haben in ihren Kellern hauptsächlich billige Weine, die rasch konsumirt werden. Bei dem Großhändler bildet der Wein, der lange lagern muß, ein sehr geringes Quantum. Viele Gegner des Gesetzes wollen nur den Schaumwein und Kunstwein besteuern. Wenn die Menschen an Schaumwein denken, schwebt ihnen gewöhnlich vor, Schaumwein ist Champagner. Zwischen Schaumwein und Schaumwein ist aber doch ein Unterschied. Zur Besteuerung des Kunstweins wären wir gern bereit, aber wir haben bei unseren Erkundigungen erfahren, daß thatsächlich sehr wenig Kunstwein produzirt wird. Die Besteuerung des Kunst- und Schaumweins würde thatsächlich sehr geringe finanzielle Ergebnisse liefern. Ein bayerischer Landtagsabgeordneter hat anerkannt, daß die Majorität der Konsumenten diese Steuer gern tragen werde. Ich hoffe, daß der Reichstag dieser Majorität Rechnung trägt.

Abg. **Schmidt** (Elberfeld, Frs. Vp.): Nach dem Motive handelt es sich nur um eine Besteuerung der besitzenden Klassen. Diese können Sie ohne alle Kontrole und Chikanen erreichen, indem Sie die leistungsfähigen Schultern durch eine Reichseinkommensteuer zu treffen suchen. (Sehr gut! links.) Im Interesse der Winzer liegt die Steuer keineswegs. Man kann auch nicht die Branntweinsteuer einführen; denn der billige Wein wird vielfach genossen anstatt des Branntweins. Die württembergische Einheitssteuer kann hier nicht angeführt werden, denn sie ist eine Ausschanksteuer. Will man aus der Weinsteuer erheblichen Ertrag ziehen, dann muß man die breiten Schultern treffen, und wenn in Süddeutschland der Wein ein allgemeines Genußmittel, so sollte man doch dem Volk dies gesunde Getränk erhalten. (Sehr richtig! links.) Die Weinbergbesitzer können ja unter Umständen Großgrundbesitzer sein, aber unter den rund 3000 Weinbergbesitzern haben 2000 unter 1 Hektar und nur 87 mehr als 3 Hektar. Die Regierung giebt in der Begründung die Möglichkeit zu, daß die Steuer auf die Winzer abgewälzt werden wird. Sie giebt auch zu, daß ein Konsumrückgang eintreten wird. Der Großhändler wird schon dafür sorgen, daß er bei der Steuer nicht zu Schaden kommt. Der Weinbauer seinerseits hat gar kein Interesse, besseren Wein zu bauen, er wird sich darauf beschränken, Wein unter 50 M. zu produziren. Glauben Sie denn, daß der Mann, der gewohnt war, seine Flasche Wein für 1,25 bis 1,50 Mark zu trinken, jetzt 1,75 bis 2,50 Mk. bezahlen wird? Er wird nur denselben Preis anlegen, also schlechteren Wein trinken. Der Geschmack des Weines wird durch Schmiererei verdorben werden. Ich wäre gern bereit, wenn man den Kunstwein treffen könnte. Den wird man nicht durch Steuern, sondern durch einfaches Verbot treffen. Wie denkt die Regierung das Verhältniß zu Luxemburg? Dort wird ja schon vielfach die Hochzeit zu Kana gefeiert. (Heiterkeit links.) Und wie drückend ist die Kontrolle! Jeder Händler muß seine Lagerräume und Einrichtungen bei hoher Strafe besichtigen lassen. Nach den Bestimmungen des Gesetzes könnte jeder Beamte bei der Nachbesteuerung in jeden Privatkeller eindringen. Der dadurch erlangte Betrag steht in keinem Verhältniß zu der Mißstimmung, welche eine solche Revision erregt. Ein besonderes Kennzeichen des Gesetzes ist die Förderung der kapitalkräftigen Händler. Die Großhändler werden Kleinhändler, um sich die legale Defraudation zu ermöglichen. Sie werden eben den Wein unter 50 Mark durch Kellerbehandlung verbessern und dann, ohne daß eine nochmalige Versteuerung nöthig wird, zu hohen Preisen absetzen. Die prozentuale Werthsteuer ist eine Verleitung zu falschen Angaben und hat eine Einschränkung unseres Exports zur Folge. Aus diesen Gründen können wir dieser Steuer nicht zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Bürklin** (nl.): Es wäre für mich wünschenswerth, wenn vor mir ein Freund der Vorlage gesprochen hätte, aber da sich nur ein einziger Redner für die Vorlage gemeldet hat (große Heiterkeit), wird die Debatte ein wenig einförmig werden. Diese Steuer ist durchaus unannehmbar. Der Vergleich mit Bier und Branntwein hinkt erheblich mehr, als Vergleiche sonst hinken dürfen. Der Wein ist ein Naturprodukt, das bei der Besteuerung von Grund und Boden und bei der Einkommensteuer schon genug getroffen ist. Außerdem wird Bier und Branntwein in ganz Deutschland produzirt, während Wein vorwiegend im Süden produzirt wird. Der Wein ist ein Volksgetränk in hervorragendem Sinne und sollte es immer mehr werden. Gewiß giebt es auch Luxuswein, aber die Grenze zwischen dem Wein als Volksgetränk und dem Luxuswein muß erheblich höher gegriffen werden, als in der Vorlage geschieht. Der Wein für 50 Mark pro Hektoliter kostet dem Konsumenten mindestens 300 bis 350 Mark. Der Konsumrückgang wird schon deshalb unverhältnißmäßig groß sein, weil man sich den Weingenuß schließlich leichter abgewöhnt, als z. B. das Tabakrauchen. Die ganze Bewegung gegen die neue Weinsteuer hat ihren berechtigten Ursprung in Winzerkreisen. Dieser Entwurf hat seinen Schatten schon vorausgeworfen, indem er trotz der vorzüglichen Ernte des letzten Jahres schon auf die Stimmung der Interessenten gedrückt hat. Die Besteuerung von Kunstwein halte ich an und für sich für gerechtfertigt, aber gewisse Formen der Kunstweinproduktion sind außerordentlich schwer zu fassen. Ich kann mich der Besorgniß nicht verschließen, daß das Gesetz der Kunstweinproduktion Vorschub leisten wird. Die unmittelbare Folge wird ein Rückgang des Baues des Qualitätsweins sein. Dieser aber ist das Rückgrat des ganzen Winzergewerbes und unseres Weinexports. In Frankreich und Italien hat man diese Bedeutung des Gesetzes sehr bald begriffen. Die Lage des Winzergewerbes wird außerordentlich geschädigt und das Gesetz ist unverständlich in einer Zeit, in der man regierungsseitig dem Winzergewerbe beizuspringen sucht. (Sehr richtig!) Die kleinen Mittel des Steuernachlasses an die Winzer u. s. w. werden nichts helfen. Mit den Kontrollbestimmungen wird gar nichts erreicht. Das Taxiren des Weines ist sehr schwierig. Leute, die behaupten, sie können alle Weine taxiren, sind Aufschneider. Die Steuerbeamten werden Sachverständige zu Hilfe nehmen müssen. Meine Freunde sind einstimmig in der Abweisung der Vorlage. Trotzdem beantrage ich die Ueberweisung an die Stempelsteuerkommission. (Beifall.)

Abg. **v. d. Gröben** (dk.): Ich freue mich, daß die Winzer auch vom Abg. Schmidt in Schutz genommen sind. Ich hoffe, daß diese agrarische Neigung auch vorhält, wo es Schutz der Getreidebauern gilt. (Beifall rechts). Der Weinbau, namentlich im Elsaß und am Rhein, befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Der Handelsvertrag mit Italien trägt einen nicht unbedeutenden Theil der Schuld daran. Was damals von unserer Seite vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Auch ich habe das Gefühl, daß es gerecht ist, nachdem Bier und Branntwein besteuert sind, auch den Wein zu besteuern. Aber es fragt sich doch, ob dies Gesetz das in geeigneter Weise durchführt. Namentlich die Kontrollbestimmungen erschweren die Kellerbehandlung des Weines. Wir halten die Weinsteuer für einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit, über die Form herrscht Meinungsverschiedenheit unter uns, wir treten auch für höhere Besteuerung des Schaumweines ein, wir wollen die Qualitätsweine nicht allein besteuern, dagegen ist die Werthgrenze uns zu niedrig bemessen. Um über die Einzelheiten klar zu werden, schließen wir uns dem Antrag auf Verweisung an die Kommission an. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Braubach** (Ctr.) Wenn es gelingen sollte, die Weinsteuer so einzurichten, daß sie die Konsumenten trifft, dann würden wahrscheinlich auch meine Freunde dafür eintreten. Aber die Steuer in dieser Form trifft die Produzenten, die Winzer. Der Wein ist eben im Gegensatz zu Bier und Branntwein ein Naturprodukt. Eine Besteuerung des Weins nach Werthstufen muß naturgemäß einen Rückgang des Weinbaus herbeiführen, wie ja auch die Tabakfabrikatsteuer in Amerika einen Rückgang des Tabakbaus herbeigeführt hat.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky** erklärt, daß ausgezeichnete Kenner des Weinbaus gehört worden seien. Nach diesen sachverständigen Gutachten haben 55 Prozent der Winzer gar kein Interesse am Gesetz. Ueberrascht hat mich geradezu der Widerspruch der Süddeutschen, welche doch zum größten Theil jetzt schon eine weit schwerer belastende Weinsteuer haben. Wenn die Weinsteuer nicht angenommen wird, heißt das, daß Luxussteuern überhaupt keine Aussicht auf Erfolg haben.

Abg. **Dietz** (Sozialb.): Wir verweigern die Ausgaben für die beschlossene Heeresvorlage. Insbesondere bekämpfen wir die vorgeschlagenen Steuern, weil durch dieselben viele Menschen existenzlos werden. Durch eine Weinsteuer treffen wir nicht bloß die reichen Leute, sondern auch den Mittelstand und in Süddeutschland die arbeitenden Klassen. In den Gegenden, wo Weinbau getrieben wird, im Rheingau, Hessen-Nassau u. s. w. besitzen die einzelnen Wirthschaften fast durchgängig weniger als 3 Hektar. Eine gewisse Nothlage der Landwirthschaft ist nicht zu verkennen, und die diesbezüglichen Klagen treffen auf die Weinbauer ganz besonders zu. Die Landwirthschaft ist eben auch ein Opfer der kapitalistischen Produktionsweise. Der Weinbau ist eine so schwierige Arbeit, daß man sich noch wundern muß, daß die Winzer diese Arbeit thun. Solche Maßregeln erregen in diesen Kreisen nicht bloß Erbitterung, sondern geradezu Preußenhaß, und die Regierung könnte, wenn sie wollte, recht böse Redensarten dort hören. Sie sehen ja, daß wir in weinbautreibenden Gegenden recht viele Stimmen bekommen haben. Die Weinbauern müssen ja durch die Ausbeutung durch Jude und Christ zu Sozialdemokraten werden. Gegenüber diesem Elend hilft ihnen auch weiter nichts als die Organisation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Ablehnung dieser Vorlage wird nicht viel helfen, schon der Umstand, daß die Vorlage eingebracht ist, hat die Leute kopfscheu gemacht. Die bemittelten Weinhändler werden mit dem Gesetz schon fertig werden. Der kleine Händler muß darunter leiden. Die Bestimmungen des Gesetzes fordern geradezu zu Steuerhinterziehungen auf. Ich wünschte, Sie lehnten ohne Kommissionsberathung die Vorlage in zweiter Lesung ab.

Nunmehr wird die Berathung auf Freitag, 1 Uhr, vertagt.
Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 18. Januar, 10¼ Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Am Ministertische Dr. Miquel, Thiele u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.

Auf Vorschlag des Abg. v. Benda (natl.) werden zum Präsidenten Abg. v. Köller, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Frhr. v. Heereman und Dr. Graf durch Zuruf gewählt. Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Zu Schriftführern werden gewählt die Abgg. Bode, Dr. Hartmann, Vopelius, Weyerbach, Imwalle, Jerusalem, Olzem und Worzewski.

Damit ist das Haus konstituirt.

Es ergreift sodann das Wort zur Einbringung von Regierungsvorlagen

Finanzminister Dr. **Miquel:** Ich habe die Ehre, dem hohen Hause die allgemeinen Rechnungen für frühere Rechnungsjahre und den Etat für 1894/95 vorzulegen. Der Letztere schließt — damit muß ich meine Erläuterungen beginnen — mit einem Fehlbetrage von 70 200 000 Mark ab. (Hört! hört!) Ohne die Mehrleistungen für das Reich würde sich freilich ein günstigeres Verhältniß ergeben haben, und zwar würden wir um 20 Millionen besser stehen als im Vorjahre. Leider übersteigen aber die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen diesmal um 32 Millionen. Eine ordnungsmäßige Führung der Finanzen ist unter solchen Umständen unmöglich, übereinstimmend haben daher die Regierungen bestrebt sein müssen, in diesem Verhältniß Wandel zu schaffen. Wir in Preußen können uns den Vorwurf ersparen, daß wir unseren Etat und dauernden Ausgaben auf die schwankenden Ueberweisungen aus dem Reiche basirt haben. Wir haben für diese Ueberweisungen bestimmte Verwendungszwecke vereinbart. Ich hoffe, es wird gelingen, mit dem Reichstage ein Einvernehmen zu erzielen. Bis dahin müssen wir allerdings manche sonst wünschenswerthe Maßnahmen vertagen. Sollte sich aber die Hoffnung nicht erfüllen, so müßten wir in Preußen zur Eröffnung neuer Einnahmequellen schreiten. Bleiben kann der heutige Zustand auf die Dauer nicht, sonst kommen wir zu immer steigenden Fehlbeträgen. Die nothwendigen Kulturaufgaben dürfen doch nicht leiden. Zustände, wie in anderen Staaten dürfen in Preußen nicht eintreten. (Beifall rechts.) Die allgemeine Rechnung über das abgelaufene Etatsjahr hat bei den Betriebsverwaltungen eine Reihe von Ersparnissen ergeben, auch beim laufenden Etat dürfte sich das Ergebniß um 9 Millionen günstiger stellen, als veranschlagt war. Das Verdienst an dieser Besserung gebührt vor allem der Eisenbahn-Verwaltung; dagegen werden Forsten und Bergwerke Mindererträge ergeben. Mehr erfordert der Landtag wegen der langen Sitzungen. (Heiterkeit.) Die Ueberweisungen aus dem Reiche sind zurückgegangen; die Hauptschwierigkeiten bereiten uns aber die erhöhten Mehranforderungen im Reiche. Im nächsten Etat werden sich die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung voraussichtlich noch bessern. Bei der Gebäudesteuer dürfen wir aus der Reform eine Besserung um 5 bis 6 Millionen hoffen, die allerdings in Zukunft nur den Gemeinden zu Gute kommt. Das Gleiche tritt bei der Gewerbesteuer ein. Die Kommunen werden sich darauf einrichten müssen, diese Steuer nach ihrem Bedürfniß umzugestalten. Die Einkommensteuer ist dem Gesetze gemäß um 3½ Millionen höher eingestellt, man darf aber nicht darauf hoffen, daß sie fortdauernd steigende Erträge ergeben wird. Ein Beweis, wie richtig wir bei unserer Steuerreform vorgegangen, als wir die Ueberweisungen aus den Getreidezöllen zur Deckung der Ausfälle heranzogen. Mehrerträge ergeben sich noch bei den indirekten Steuern und bei der Lotterieverwaltung, Ausfälle dagegen bei der Domänenverwaltung (hört! hört!), der Forst und Bergwerksverwaltung. Die Eisenbahnverwaltung dürfte 28 Millionen mehr ergeben und sind demgemäß veranschlagt. Alles in Allem empfehle ich Ihnen den Netto-Etat zum sorgfältigen Studium. Er wird Ihnen viel Interessantes bieten. Ich hoffe, daß wir uns in steigenden Verhältnissen befinden und daß die Anforderungen des Reiches nicht weiter, wie bisher, sich steigern. Die Budgetkommission wird gut thun, sich mit diesen Angelegenheiten näher zu befassen. Ihr Urtheil wird mehr Gewicht haben, als das eines Finanzministers, dem man doch immer nur Schwarzseherei vorwirft, damit er nur neue Steuern schaffe. Als ob das ein so großes Vergnügen wäre. (Heiterkeit.) Bei den Ueberweisungen dürfen wir nicht darauf rechnen, daß mehr erreicht wird, als im laufenden Jahre veranschlagt. Die Staatsverwaltung erfordert 12 Millionen Mark Mehrausgaben. Es hat sich das Bedürfniß herausgestellt, den Fonds für Diäten von Assessoren um 100 000 Mark zu erhöhen. Der Fonds für Pensionen, Wittwen- und Waisengelder ist um 2 Millionen gestiegen. Die Bauverwaltung erfordert ein Mehr von 2 800 000 Mark. Es betrifft die Gewerberäthe, Meliorationsvorlagen u. s. w. Die Justizverwaltung hat dagegen einen geringen Minderbedarf, trotzdem wir mit der Vermehrung der Richterstellen erheblich weiter vorschreiten konnten. Das Ministerium des Innern erfordert ein Mehr von 1 150 000 Mark, vor allem für die volle Durchführung des Polizeikostengesetzes. Es zeigt sich dabei, daß die Städte mit dieser Neuerung ein gutes Geschäft gemacht haben. Bei der landwirthschaftlichen Verwaltung ergiebt sich eine Steigerung des Bedarfs um 700 000 Mark, vor allem für die erhöhte Thätigkeit der Generalkommissionen in Folge des Rentengütergesetzes. Das Kultusministerium erfordert 3 700 000 Mark mehr. Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 48 Millionen oder etwas mehr als acht Millionen mehr als im Vorjahre. Trotz größter Beschränkung der Ausgaben war diese Steigerung nicht zu vermeiden. So sehr wir bestrebt gewesen sind, uns nach der Decke zu strecken, so konnten wir doch Ausgaben für Meliorationszwecke nicht von der Hand weisen. Wir werden aber bei der Fortdauer der heutigen Verhältnisse um so mehr darauf bedacht sein müssen, wenn sich die Einnahmen nicht steigern. Sie werden daher den Finanzminister in seinem Bestreben unterstützen müssen, eine angemessene Beschränkung der Beamtengehälter eintreten zu lassen. Wir haben leider eine Aufbesserung der Beamtengehälter nicht vorsehen können, aber es ist doch möglich gewesen, das System der Dienstalterszulagen fortzuführen, sodaß nur noch wenige Beamtenkategorien von denselben ausgeschlossen bleiben. Ich hoffe, das wird zur Beruhigung beitragen. Ich übergebe Ihnen nun den Etat. Derselbe wird durch die Beschlüsse des Reichstages wesentlich beeinflußt, ich hoffe, daß dieser Einfluß ein günstiger sein wird. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister **v. Heyden:** Ich habe die Ehre, dem Hause den Entwurf wegen Einrichtung obligatorischer Landwirthschaftskammern zu überreichen. Wir entsprechen damit dem Wunsche der landwirthschaftlichen Vereine und haben uns im Wesentlichen an die Vertretung angelehnt, welche der Handel in den Handelskammern hat. Der Landwirthschaft wird damit eine wirksamere Vertretung ihrer Interessen ermöglicht.

Von keiner Seite wird eigentlich heute mehr bestritten, daß sich viele Grundbesitzer in Schwierigkeiten befinden. Der Grundbesitzerstand ist aber unentbehrlich für den Staat; dieser hat also den Gründen nachzugehen und Abhilfe zu schaffen. Erwägungen darüber schweben seit längerer Zeit. Ein Hauptgrund der Nothlage ist die Ueberschuldung vieler Grundbesitzer. Als Gründe derselben gelten vor Allem die Restkaufgelder und Erbantheile. (Rufe: Nein nein! rechts.) Andere Gründe kommen weniger in Betracht. Es ist unverkennbar, daß die Verschuldung auch beständig steigt. Es liegt dies vor Allem in der Form des Kredits. Wir haben nur kündbare Hypotheken. Es wird nun die Möglichkeit geboten, diese in tilgbare Rentenbeleihungen umzuwandeln. Das wird nur allmählich zu erreichen sein, aber es wird zur Besserung beitragen, namentlich wird der fortschreitenden Ueberschuldung bei Erbanfällen vorgebeugt werden. Man erleichtert damit die Abfindung der Miterben durch amortisirbare Renten. Diese schwierige Aufgabe kann aber nur mit einer organisirten Vertretung der Landwirthschaft gelöst werden. Diese soll das Gesetz in den obligatorischen Landwirthschaftskammern schaffen. Ich gehe auf Einzelheiten des Entwurfs nicht ein und betone nur, daß in der Regel für jede Provinz eine Kammer gebildet werden soll und zwar durch ein indirektes, sich nach der Größe des Besitzes richtendes Wahlrecht. Die Regierung tritt damit an die Lösung der Agrarfragen heran. Ich hoffe, der Entwurf gelangt zur Annahme und findet den Beifall der landwirthschaftlichen Centralvereine und der ganzen Landwirthschaft. Ich empfehle den Entwurf Ihrer wohlwollenden Aufnahme.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Etat).

Schluß 12½ Uhr.

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 18. Januar, 1¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die einmalige Schlußberathung des Antrages Adickes betr. Stadterweiterungen und Zonenenteignungen.

Referent Oberbürgermeister **Becker** beantragt namens der Kommission die unveränderte Annahme des Entwurfs, der ja in der vorliegenden Fassung bereits im vorigen Jahre angenommen sei. Redner schließt mit dem Wunsche, daß das Abgeordnetenhaus in dieser Session über den Entwurf Beschluß fassen möge. — Der Antrag wird darauf debattelos angenommen.

Es folgt die Berathung der agrarischen **Interpellation** des Frhrn. **v. Manteuffel.**

Frhr. **v. Manteuffel**: Schon im vorigen Jahre habe ich ein eigenes Agrarrecht analog dem Handelsrechte verlangt. Die Regierung ging damals auf diese Frage nicht näher ein. Inzwischen sind aber Verhältnisse eingetreten, die es mir zur Pflicht machen, die Interpellation zu stellen. Der allgemeine Nothstand in der Landwirthschaft ist nicht zu leugnen, und er hat sich seit Juni v. J. in erschrecklichem Maße vermehrt. Die Lage ist so traurig geworden, daß es jetzt die höchste Zeit ist, die bessernde Hand anzulegen. Sonst könnte der Kranke so krank werden, daß ihm überhaupt nicht mehr geholfen werden kann. Das bürgerliche Gesetzbuch hat unter die Arten der Grundverschuldung auch die unkündbare Rente aufgenommen. Das ist zu begrüßen, aber es wird noch sehr lange dauern, ehe das Gesetzbuch in Kraft tritt. Wem hat es nicht wohl gethan, daß in der Thronrede die Nothlage der Landwirthschaft offen anerkannt und der Weg zur Abhilfe gewiesen wurde. Ich spreche für diesen Passus der Thronrede den herzlichsten Dank aus. Meine Interpellation ist keine abfällige Kritik der Thronrede, wie man es in der gegnerischen Presse dargestellt hat, es ist konservative Eigenschaft, an allerhöchsten Aeußerungen überhaupt keine Kritik zu üben. Im vorigen Jahre habe ich mich ablehnend gegen den Gedanken von Landwirthschaftskammern verhalten, weil sie fakultativ gedacht waren. Wenn diese etwas nützen sollen, so müssen sie obligatorisch sein. Es wäre aufs Tiefste zu bedauern, wenn die Landwirthschaftskammern als minderwerthig gegenüber den Handelskammern betrachtet werden. Die Regierung wird die Fragen, die in den Landwirthschaftskammern erwogen werden, auch wirklich prüfen und alle Wünsche eingehend würdigen müssen. Es darf nicht blos eine Anhörung zu gelegener Stunde sein, wie dos bei der Anhörung des landwirthschaftlichen Beiraths bei den Handelsvertragsverhandlungen war. Das war nur ein unschuldiges Schlafmittel, und die Unzufriedenheit der Landwirthe mit den Handelsverträgen ist durch jene Anhörung, die ohne Erfolg war, noch gesteigert worden. Die Preise, die jetzt bei Subhastationen herauskommen, sind auffallend gering, und das ist ein wohl zu beachtendes Moment. Die Hypothekenschulden werden in Rentenschulden umzuwandeln sein. Ich freue mich, einen solchen Gedanken in den offiziösen „Berl. Polit. Nachr." gelesen zu haben. Wenn diese Grundsätze zur Durchführung gelangen, dann haben wir einen schönen Schritt vorwärts gethan. Die gesammte Hypothekenschuld im preußischen Staat wird nicht in solcher Weise umzuwandeln sein, aber doch ein großer Theil. Die gegnerische Presse meint, daß das für den Gläubiger eine Konfiskation des Vermögens bedeute. Im schlimmsten Falle werden aber nur einige Prozent verloren werden. Das wäre aber lange nicht so beklagenswerth wie der Ruin der Grundbesitzer. Die Ablösung der Feudalrechte geschah in einer für die Rentenbesitzer viel ungünstigeren Weise. Bei der Schaffung von Rentengütern ist man oft nicht in der richtigen Weise vorgegangen. Das Heimstättengesetz, das leider noch nicht genehmigt worden ist, hat vor dem Rentengütergesetz besondere Vortheile. Eine Aenderung muß ferner das Anerbenrecht erfahren. Von den Kleinbahnen hatte man viel mehr Nutzen für die Landwirthschaft erwartet; die Regierung macht zu große Schwierigkeiten, wenn es sich um den Bau einer solchen Bahn handelt. Soweit habe ich mich im Rahmen der preußischen Gesetzgebung bewegt und möchte mich nun an die Vertreter Preußens im Bundesrath wenden. Die Vorschläge, welche ich gemacht habe, können erst in späterer Zukunft von Wirkung sein. Es gilt aber, augenblicklich zu helfen. Wenn man eine schnelle Besserung herbeiführen will, so muß man die Währungsfrage in Angriff nehmen. Auf den Identitätsnachweis will ich nicht näher eingehen, aber nur der niederträchtigen Preßlüge entgegentreten, als ob die Konservativen beim russischen Handelsvertrag umfallen werden, wenn der Identitätsnachweis aufgehoben wird. Ich werde gewiß nicht umfallen, wenn mir nicht in der Währungsfrage greifbare Zugeständnisse gemacht werden. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie kann nur ausgefochten werden durch eine kräftige landwirthschaftliche Bevölkerung, in ihr findet die Monarchie ihre beste Stütze, deshalb muß sie erhalten werden. Aller Augen sind heute auf das preußische Landwirthschaftsministerium gerichtet, seine Aufgabe ist ungeheuer schwer, aber es giebt auch keine dankenswertere Aufgabe, als der Landwirthschaft aufzuhelfen. Wenn dem Minister das gelingt, dann hat er sich ein Denkmal errichtet aere perennius. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister **v. Heyden** wiederholt die bereits im Abgeordnetenhause gemachten Mittheilungen über die Vorlage eines Gesetzes betr. Bildung von Landwirthschaftskammern, die an der Regelung landwirthschaftlicher Fragen mitwirken sollen. Ebenso wiederholt der Minister die für die zukünftige Agrar-Gesetzgebung in Aussicht genommenen Maßregeln betreffs des Ueberschuldungswesens, der Einführung von amortisirbaren Renten anstatt kündbarer Hypotheken und des Anerbenrechts. Als ich die Interpellation gelesen habe, hatte ich den Eindruck: Das kann und wird sehr leicht als eine Antwort auf die Thronrede aufgefaßt werden. Ich selbst habe sie in diesem Sinne nicht verstanden, weil ich wußte, daß sie bereits vor der Eröffnung des Landtages geplant war. Der Interpellant aber hat sich in seiner Rede mehr an das gehalten, was die Thronrede ausgeführt, als an das, was außerdem geschehen könnte. Seine Auffassung über die Rentengüter ist nicht zutreffend; wir haben in dieser Beziehung doch viel größere Fortschritte gemacht, als er anzunehmen scheint. Die Regierung hat auf den Gang der Entwickelung der Rentengüter keinen Einfluß, weil ihre Thätigkeit erst eintritt, wenn Anträge gestellt werden. Dann hat der Interpellant die Reichsangelegenheiten berührt. Was das bürgerliche Gesetzbuch betrifft, so habe ich die Anordnung getroffen, daß bei der Regelung landwirthschaftlicher Fragen auch das Landwirthschaftsministerium gehört wird. Die Währungsfrage unterschätzen wir nicht. Nach dem, was durch die Presse in neuerer Zeit gegangen ist, nach dem Schreiben des ostpreußischen konservativen Vereins an den Reichskanzler und seiner Antwort darauf kann ich Namens der Staatsregierung erklären, daß diese sich in keiner Weise der Erwägung verschließt, daß der gesunkene Silberpreis einen Einfluß auf die allgemeine Preisbildung bei uns haben kann, und daß die Schwankungen des Silberpreises mit Schädigungen für die Erwerbsstände verbunden sind, und ich kann weiter erklären, daß die Regierung im Hinblick auf die angekündigte Enquete nicht beabsichtigt, diese ganze Währungsfrage, wie sie sich in den Gegensätzen von Gold- und Silberwährung darstellt, noch einmal von Grund aus wissenschaftlich pro et contra zu erörtern; hier liegt Material genug vor. Es ist vielmehr als ein ernstlicher Versuch zu betrachten, die Währungsfrage selbst aus dem Gebiete theoretischer Diskussionen auf dem Boden praktischer Vorschläge überzuführen. (Hört, Hört!) Zu diesem Zwecke wird an der Hand der neuesten Maßregeln in den Vereinigten Staaten und Indien zu prüfen sein, ob und auf welchem Wege eine Wiederherstellung der Steigerung des Silberwerthes, sowie eine Minderung der Schwankungen des Silberpreises anzustreben sei. Es wird auch zu prüfen sein, ob Deutschland allein in der Lage ist, durch gesetzgeberische Maßregeln dies Ziel zu fördern oder ob und in welchem Umfange eine internationale Verständigung möglich und dazu geeignet und nothwendig erscheint. (Beifall.) Auch betreffs des Identitätsnachweises wollen wir den Wünschen der Landwirthschaft entgegenkommen. Die Sachlage ist ja bekannt. Die Beschwerde über die Doppelbesteuerung der Grundbesitzer ist jetzt aus der Welt geschafft. Weitere Vorschläge sind nicht gemacht worden und können wohl auch nicht gemacht werden. Was wir thun konnten zur Verbesserung der Produktion durch Meliorationen, haben wir gethan. Wir sind bereit, nach Mittel und Wegen zu forschen, wie geholfen werden kann; hierzu werden gerade die Landwirthschaftskammern der geeignete Ort sein, Vorschläge zu machen. (Beifall.)

Auf Antrag des Grafen Königsmarck findet die Besprechung der Interpellation statt.

Graf **Klinckowström** dankt dem Minister für seine Erklärungen und regt eine Verbesserung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu Gunsten der Landwirthschaft an. Redner erklärt sich für Aufhebung des Identitätsnachweises im Interesse Ostpreußens. Gleichwohl seien die dortigen Landwirthe einig in der Verwerfung des russischen Handelsvertrags, auch wenn der Identitätsnachweis aufgehoben werde. Noch weniger wolle man in Ostpreußen von Aufhebung der Staffeltarife wissen. Die Agrarbewegung demokratisch zu nennen, sei lächerlich, in ihr wirken Kräfte, die sich keinen Augenblick besönnen, Gut und Blut für ihren König zu opfern. Eine weise Regierung werde sich vielmehr an die Spitze solcher Bewegung stellen. Es handle sich nicht darum, ob der eine billig kaufe und der andere theuer verkaufe, es gelte die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes. Männer genug seien da zur Erreichung dieses Ziels, die das Vertrauen der Krone und des Volkes hätten. Man solle sich bemühen, alle diese Kräfte voll zu entfalten. (Beifall.)

Graf **Mirbach** kommt auf den Zwischenfall im Reichstag zurück. Fälschlich habe ihm der Reichskanzler vorgeworfen, er habe es für egal erklärt, ob 50 000 oder 150 000 industrielle Arbeiter entlassen würden, und dann habe die „Nordd. Allg. Ztg." diesen Vorwurf wiederholt, obwohl bereits das offizielle Stenogramm seiner Rede vorlag. Er sei stets loyal verfahren und bitte daher die Regierung, dafür zu sorgen, daß derartige Dinge sich nicht wiederholen. Er sei mit dem russischen Handelsvertrage nur einverstanden, wenn seine Forderungen auf Tarifänderungen, namentlich auf Ausdehnung der Staffeltarife, auf Beseitigung des Identitätsnachweises und auf Regelung der Währungsfrage erfüllt werden. Die Erklärung der Regierung bezüglich der Währungsfrage mache den heutigen Tag für ihn, Redner, zu einem freudigen. Es beweise, wie der Druck der Verhältnisse auch auf die bis dahin ablehnende Regierung seinen Einfluß nicht verfehlt habe. Die Enquete, welche in Aussicht genommen ist, könnte ja die konservative Partei dazu veranlassen, für den russischen Handelsvertrag zu stimmen, aber die Enquete könne auch mißlingen. Es müßten also Kautelen geschaffen und bis zur endgiltigen Regelung der Währungsfrage eine gleitende Zollskala nach dem Valutaverhältniß des russischen Geldes in dem Handelsvertrage eingeführt werden. Wenn die Regierung will, findet sie schon einen Weg der Verständigung. Aber es muß bald geschehen; denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Die Regierung muß sich bald entscheiden, ob sie die Landwirthschaft erhalten oder der Vernichtung preisgeben will.

Frhr. **v. Schorlemer-Alst** begrüßt die Erklärung des Ministers bezüglich der Währungsfrage. Die schwierige Lage der Landwirthschaft sei in der Verschuldung begründet. Den Bauernstand zu erhalten, sei die wichtigste Aufgabe des Staates. Bei niedrigem Preisstande machen sich die Konsequenzen der Ueberschuldung doppelt fühlbar. Auf den Preisstand drückten aber die Handelsverträge ganz besonders. Gegen die Einführung einer gleitenden Zollskala gegenüber Rußland seien große Bedenken vorhanden, denn die Börsenspekulation würde sich dessen bemächtigen. Der ostpreußische konservative Verein habe die Aufhebung des Identitätsnachweises nicht als Vorbedingung für die Zustimmung zu dem russischen Handelsvertrage verlangt, sondern als Ausgleich für die vorangegangenen Handelsverträge. Die Aufhebung des Identitätsnachweises werde nicht dem Grundbesitzer, sondern nur dem Händler zu Gute kommen. So lange ein Differentialzoll bestehe, könne man nicht den Identitätsnachweis aufheben. Die Herren im Osten verlangten auch die Beibehaltung der Staffeltarife, die der Landwirthschaft des Westens schaden. Wie könne da Graf v. Mirbach von der Solidarität der Interessen der Landwirthschaft sprechen? Der Einwand, daß der Westen hohe Preise habe, werde hinfällig im Hinblick auf die höheren Produktionskosten. Bei Verstaatlichung der Eisenbahnen habe man sich auf die Schädlichkeit der Differentialtarife der Privatbahnen berufen, und nun wolle man durch die Beibehaltung der Staffeltarife jene Differentialtarife zum Prinzip erheben. Der Westen verlange nicht bloß Aufhebung der Staffeltarife sondern auch die Garantie, daß sie nicht mehr eingeführt werden. Sonst würde die Landwirthschaft im Westen, zumal nach Aufhebung des Identitätsnachweises und Annahme des russischen Handelsvertrages, ruinirt werden. Einen Vergleich zwischen Handelskammern und Landwirthschaftskammern könne man nicht ziehen. Es sei sehr fraglich, ob die Landwirthschaftskammern sich auch genügendes Gewicht würden verschaffen können. Man wisse noch nicht, wie sie sich bewähren würden. Dehne man die Wahlen zu den Landwirthschaftskammern zu weit aus, dann könnten diese Korporationen der Tummelplatz für die politischen Parteien werden; das wäre außerordentlich beklagenswerth. Die Landwirthschaftskammern sollten auch auf die Kreditverhältnisse und auf das Agrarrecht wirken. Was man unter Agrarrecht versteht, weiß ich nicht. Ich habe viele, die etwas wollten, danach gefragt, aber die meisten schwiegen oder vertrösteten mich auf den Minister Miquel (Heiterkeit), der würde das schon wissen. Ich verstehe unter Agrarrecht nur eine Reform des Erbrechts. Von den Maßnahmen des Staates, betr. die ländlichen Kreditverhältnisse, machen sich die Leute im Lande ganz falsche Vorstellungen, sie denken an eine Entlastung auf Kosten des Staates. Werde aber diese Illusion bei Durchführung der Vorschläge zerstört, so werden vielleicht gerade die praktischen Landwirthe sich gegen die Maßnahmen, insbesondere gegen die Beschränkung der Verschuldbarkeit sperren. Nicht zu unterschätzen sei auch der Kampf, den das Kapital gegen solche Maßregeln unternehmen werde. Ferner werde bei der bezeichneten Aenderung der Verschuldung das Grundbuchrecht geändert werden müssen. Der Weg, den die Regierung vorgeschlagen, sei ein guter, aber langwieriger, und er, Redner werde die Regierung unterstützen, aber der augenblickliche Nothstand werde damit nicht beseitigt. Was gethan werden könne, ist, daß Alles vermieden werden müsse, was die Lage der Landwirthschaft noch schlimmer machen könne. Dagegen müsse man sich vor Pessimusmus hüten. Zum Verzweifeln sei die Lage noch nicht, wir haben im Vaterlande schon schlimmere Zeiten durchgemacht. Wenn wir den Kopf oben behalten, dann werden wir auch diese Gefahren überstehen.

Oberbürgermeister **Bräsicke:** Wir erkennen die bedrängte Lage der Landwirthschaft an und die liberale Vertretung, die auf dem Boden der Wirthschaftspolitik des Reiches steht, wird gern zur Beseitigung der Nothlage mitwirken. Namentlich sind wir bereit, an der Ausgestaltung der Landwirthschaftskammern mitzuarbeiten, und wir sind auch mit der obligatorischen Errichtung von Landwirthschaftskammern einverstanden. Dagegen stehen wir fest auf dem Boden der Goldwährung, denn sie entspricht dem reellen Handel und Wandel des deutschen Volkes, während die Silberwährung zu Unreellitäten führen muß. Ob die Enquete, die angekündigt ist, zu einem Resultat führen wird, ist zweifelhaft, bis jetzt hat keine Enquete das Räthsel gelöst, wie ein festes Werthverhältniß zwischen Gold und Silber hergestellt werden kann. Ferner sind wir nicht einverstanden mit der Agitation gegen den russischen Handelsvertrag. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat die Zollvereinspolitik die politische Einigung vorbereitet. Unter Leitung richtig denkender Männer, wie sie jetzt an der Spitze stehen, werden wir durch Handelsverträge zu einer wirthschaftlichen und später politischen Einigung der europäischen Länder kommen. Das wird sie befähigen, ihren Kulturaufgaben gerecht zu werden. Die Staffeltarife sind gerechtfertigt, weil auch die Kosten der Eisenbahnen mit der Entfernung sich verringern. Die Eisenbahnverwaltung hat die heiligste Pflicht, Staffeltarife einzuführen, um es den Produzenten zu ermöglichen sich neue Absatzgebiete zu schaffen. Unter dem Privatbahnsystem hätten wir schon längst Staffeltarife, wie dies in andern Ländern mit Privatbahnsystem der Fall ist. Das östliche Deutschland hat vom Zoll nicht den Nutzen gehabt wie das übrige Deutschland, darum liegen Staffeltarife im Interesse der Gerechtigkeit. Ebenso hat die östliche Landwirthschaft das volle Recht auf Aufhebung des Identitätsnachweises, wodurch eine Preissteigerung des Getreides erfolgen würde. Ich bitte aber auch die Vertreter der östlichen Landwirthschaft, für den russischen Handelsvertrag zu stimmen.

Oberbürgermeister **Becker** erklärt, daß der Vorredner nicht im Namen der Fraktion gesprochen habe.

Oberbürgermeister **Bräsicke** erwidert, daß er für die weiten — liberalen und konservativen — Volkskreise gesprochen habe, die auf dem Boden der gegenwärtigen Wirthschaftspolitik des Reiches stehen.

Frhr. **v. Durant** spricht seine Befriedigung über die Absicht der Regierung aus, das jetzige Grundschuldensystem zu beseitigen. Ebenso sei aus der Erklärung über die Währungsfrage zu entnehmen, daß die Regierung jetzt einen ernsten Schritt in dieser Richtung zu thun gewillt sei. Redner wendet sich im weiteren Verlauf der Rede gegen die Börsenspekulation, die auf die Preisverhältnisse des Getreides verderblich, zum Schaden des Landwirths, einwirke. Leider seien die Vorschläge der Börsen-Enquetekommission nicht geeignet, diese Mißstände zu beseitigen. Das sei nur möglich durch eine staatliche Kontrolle des Börsenwesens.

Reichsbankpräsident Dr. **Koch:** In der Regelung der Währungsfrage kann ich keine augenblickliche Hilfe für die Landwirthschaft sehen. Aber in dieser Frage muß man jedes Experiment vermeiden, weil ein einziges Mißlingen den Ruin Tausender herbeiführt. Der im letzten Jahre in Amerika unternommene Versuch, den Silberpreis zu heben, hat eine große Krisis zur Folge gehabt, 74 Eisenbahnen sind in Konkurs gerathen, und der Verlust des amerikanischen Nationalvermögens beläuft sich auf 1 Milliarde Dollars. Ich theile die Ueberzeugung des Präsidenten Cleveland, der meinte, eine sichere und stabile Währung sei der beste Schatz eines Staates. Ich schätze an unserer Währung vor allen Dingen die Stabilität. Eine Aenderung derselben erfordert eine internationale Vereinbarung. Die Schwierigkeiten für eine solche sind sehr groß, wie die bisherigen Kongresse zeigen. In England hat man gar keine Neigung zu der Goldwährung, bei der Regierung gewiß nicht. In Frankreich hat der Finanzminister die Erklärung abgegeben, daß Frankreich genug Silber habe und dasselbe nicht noch vermehren wolle. In der Schweiz besteht jetzt eine große Goldwährungspartei. Der holländische Minister meinte neulich, daß von einer Wiederherstellung des früheren Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber nicht die Rede sein könne. Das alles schließt freilich nicht aus, daß die Enquete-Kommission zu einem praktischen Vorschlage gelangt. Wir wollen hoffen, daß die gemeinsame Arbeit in derselben eine Versöhnung herbeiführt. Den Standpunkt des Grafen Mirbach aber kann ich nicht theilen, daß ohne Weiteres in Deutschland der Bimetallismus eingeführt werden könne. Aehnlich wie die Währungsfrage liegt die Börsenfrage. Wir haben uns bei der Börsenenquete die größte Mühe gegeben. Aber man kann es freilich niemandem recht machen. Die einen sagen, daß mit den Vorschlägen jener Kommission nichts geholfen sei, die anderen, daß sie den Ruin der Börse bedeuten. Auch hier wird sich hoffentlich durch die einigende Arbeit etwas erreichen lassen, was zum Wohle des Vaterlandes ausfällt.

Graf **v. Mirbach:** Das Beispiel Amerikas, das sich nicht mit anderen Ländern in Verbindung gesetzt hat, beweist nichts. Um jeder Mißdeutung die Spitze abzubrechen, erkläre ich, daß, wenn wir nicht begründete Aussicht haben, daß die Währungsfrage in unserm Sinne geregelt wird, wir keinem russischen Handelsvertrage zustimmen. Die Kompensation liegt hauptsächlich auf diesem Gebiet.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 18. Jan. Die Etatsrede des Finanzministers im Abgeordnetenhause haut in dieselbe Kerbe, die Herr Miquel mit seiner Reichsfinanzpolitik schon ausgeschnitten hat, und die von der düsteren Schilderung der preußischen Finanzzustände in der Thronrede noch erweitert worden ist. Herr Miquel hat im Laufe seiner Rede schließlich selber Mitleid mit den verstörten Gefühlen bekommen, die sein Pessimismus weithin im Lande hervorrufen müßte, und er hat zum Troste aller Bekümmerten darauf hingewiesen, daß die Finanzlage Preußens immer noch eine geradezu glänzende genannt werden dürfe, verglichen mit derjenigen anderer Großstaaten. Das ist denn wenigstens eine kleine Beruhigung. Hörte man die Miquelsche Rede und den begleitenden Chorus der Zustimmung von der rechten Seite des Hauses, so mußte Eines zumeist auffallen und den ganzen Eindruck bestimmen: Der Finanzminister wendet die stärksten Drucker an, um die mißlichen Verhältnisse der Gegenwart aus der schwierigen Lage der Reichsfinanzen herzuleiten und so vom Boden der preußischen Interessen aus neue Gründe für die jetzt betriebene Steuerreform im Reiche zu gewinnen. Bei jeder der Wendungen, mit denen in solcher Weise Stimmung für die Reichsfinanzreform gemacht werden sollte, ertönte lebhafte Zustimmung von den konservativen Bänken. Man möchte hiernach meinen, daß die Konservativen im Reichstage erklärten Freunde der dort vorgeschlagenen Steuergesetze seien. Aber die Verhandlungen über die Tabaksteuer und ebenso die heute begonnene Verhandlung über die Weinsteuer haben gezeigt, daß das keineswegs der Fall ist. Die Konservativen werden von der Absicht, aus dem Tabak mehr Summen herauszuziehen, wohl einiges mitmachen, aber schließlich wohl nur das, wobei auch das Zentrum mitthun will, nämlich eine Erhöhung der Tabakzölle. Die Weinsteuer nun gar wird an ihnen ebensowenig eine Stütze finden wie an irgend einer anderen Partei. Die Zustimmung der Konservativen, deren sich Herr Miquel heute erfreute, ist also rein akademischer Natur; sie hilft ihm garnichts, wenn er nicht für Reichssteuervorlagen sorgt, über die sich besser und aussichtsreicher als über die jetzigen reden läßt. Geschieht das, so wird Herr Miquel und werden mit ihm die Finanzminister der anderen Bundesstaaten zu ihrer Freude und Erleichterung erleben, daß das gemeinsame Ziel, die allerdings schädliche gegenseitige Abhängigkeit der Reichsfinanzen und der Einzelstaatsfinanzen möglichst einzuschränken, an sich gar keine Gegner hat. Wer sollte nicht mit dabei sein wollen, wenn, wie Herr Miquel sich ausdrückte, „das Reich für seine eigenen Ausgaben selbst verantwortlich wird?" Die Etatsrede des Finanzministers macht wie die Thronrede die Erfüllung wichtiger finanzpolitischer und kultureller Aufgaben in Preußen von der Lösung des Reichsfinanzproblems abhängig. Man kann es durchaus verstehen, wenn die Gebote der Sparsamkeit mit besonderer Beflissenheit befolgt werden, da ein gegensätzliches Verhalten dahin ausgelegt werden könnte, daß die Finanzlage ja immer noch größere Aufwendungen gestatte. Aber ungenügend begründet erscheint es doch wenn Herr Miquel die heutigen Schwierigkeiten dafür verantwortlich macht, daß die allgemein angestrebte Revision des Eisenbahngarantiegesetzes ebenfalls zurückstehen muß, und daß also die Schwankungen aus den eigenen preußischen Einnahmequellen fortdauern sollen. Die Aufgabe, eine festere Abgrenzung des Eisenbahnetats gegenüber dem allgemeinen Etat vorzunehmen, könnte sehr gut schon jetzt erfüllt werden, und die Nöthigung dazu sollte umso dringender sein, je schwankender die Grundlage der Etatsaufstellungen ist. Herr Miquel hat es unterlassen, die Rückwirkung des Mißlingens der Reichs-Finanzreform auf die preußischen Etatsverhältnisse genauer zu schildern. Da er denn doch einmal so schwarz malte, so wäre es in Einem hingegangen, wenn er sich gleichzeitig die offiziöse Drohung angeeignet hätte, wonach die Ablehnung der Reichssteuervorlagen eine Erhöhung der Einkommensteuer um über 30 Prozent zur Folge haben müßte. Aber er wird von der gewiß zutreffenden Ansicht ausgegangen sein, daß diese monumentale Drohung wohl in der Presse gestattet werden kann, daß sie jedoch auf das Abgeordnetenhaus keinen rechten Eindruck machen würde, weil nicht viel Nachrechnen dazu gehört, um zu zeigen, daß ein derartiger Aderlaß zum Glück unnöthig ist. — — Die Rede, mit der der Landwirthschaftsminister dem Abgeordnetenhause den Gesetzentwurf über die Landwirthschaftskammern überreichte, hat an einem wichtigen Punkte lebhaften Widerspruch der Konservativen gefunden. Herr v. Heyden erklärte, völlig zutreffend, daß die landwirthschaftliche Verschuldung überwiegend aus Restkaufgeldern und Erbantheilen resultirt. Er setzte, ebenfalls richtig, hinzu, daß das Wachsthum der Verschuldung zusammengefallen ist mit einer Zeit hoher landwirthschaftlicher Entwicklung und einer Werthsteigerung des Grundbesitzes. Die jetzt beabsichtigte Agrarreform soll durch Umwandlung der Hypothekenschulden in amortisirbare Rentenschulden diesem Mißverhältnisse zwischen gesteigerter Ertragsfähigkeit des Grundbesitzes und gleichzeitiger, gerade aus der Werthsteigerung erwachsender Verschuldung entgegenwirken, ob sie das können wird, ist eine Frage für sich. Aber zugeben muß man, daß der Nutzen, den sich die Landwirthschaft von der größeren Ausnutzung des Grund und Bodens durch Erhöhung der Getreidepreise so lange versprechen durfte, aufgewogen und in das Gegentheil verkehrt wird durch die verhängnißvolle Abhängigkeit der Güterpreise von den Preisen der landwirthschaftlichen Produkte. Die Preissteigerung durch die Zölle ist so zum Unsegen für diejenigen Besitzer geworden, die ihre Güter auf Grund der Werthbestimmungen übernommen haben, denen die hohen Getreidepreise zu Grunde gelegt werden mußten. Daher die Verschuldung beim Ankauf von Gütern im letzten Jahrzehnt und namentlich beim Auszahlen der Erbantheile durch den übernehmenden Haupterben. Herrn von Heyden gebühren die Ehren dieses Tages mehr noch durch seine Herrenhausrede. Auf ein so überraschendes Entgegenkommen in Bezug auf die Währungsfrage, wie es der Landwirthschaftsminister im Namen der Staatsregierung bewies, konnte man in der That nicht gefaßt sein, und die freudige Zustimmung, mit der Graf Mirbach antwortete, und sogar die Garantie für die Annahme des russischen Handelsvertrages übernehmen zu können erklärte, ist nur zu begreiflich. Graf Mirbach stellte sich so an, als sei die Doppelwährung schon gesichert. In diesen Feuerwein übertriebener Hoffnungen goß dann freilich der Reichsbankpräsident Koch eine ansehnliche Menge Wasser. Die Gegensätze der Herren v. Heyden und Koch müssen befremden; sie zeigen, daß zu Gunsten von Augenblickserfolgen eine möglichenfalls verhängnißvolle Politik der Zugeständnisse wider bessere Einsicht nicht gescheut wird.

— In der am Donnerstag abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden die Beschlüsse des Reichstages zu den Anträgen der Abgg. Aichbichler und Genossen bezw. Staudy und Steppuhn auf Revision des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung ferner der Entwurf einer Gemeindeordnung für Elsaß-Lothringen, sowie der Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Die Mittheilung, betreffend die Kündigung des zwischen Deutschland und Italien einerseits und der Schweiz andererseits zur Ausführung des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrages getroffenen Abkommens vom 25. Juli 1873 wurde zur Kenntniß genommen. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für 1894/95 wurde die Zustimmung ertheilt. Die Berechnung der nach dem Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1894/95 zur Deckung der Gesammtausgabe des ordentlichen Etats aufzubringenden Matrikularbeiträge wurde genehmigt.

W. B. **München**, 18. Jan. Die Kammer der Abgeordneten beendete heute die Berathung des Etats des Innern und genehmigte die verschiedenen Positionen nach den Anträgen des Ausschusses. — Die Kammer der Reichsräthe erledigte ohne Debatte mehrere Etats konform den Beschlüssen der Abgeordneten. Auf die von dem Referenten Buhl ausgesprochenen Bedenken über die schweizerisch-österreichische Rheinkorrektion sicherte der Ministerpräsident die thunlichste Wahrnehmung des Schutzes der tiefliegenden bayerischen Ufer des Bodensees zu. Bayern entsende demnächst an Oesterreich einen in dieser Beziehung geschulten Techniker.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt**, 18. Jan. Zu tumultuarischen Ausschreitungen kam es am Donnerstag in den Vormittagsstunden in der Nähe des Friedrichshains, speziell am Königsthor. Gegen 8 Uhr Morgens hatten sich schon viele Tausende von Personen in dem großen Saal der Brauerei Friedrichshain eingefunden, um der für 11 Uhr Vormittags angesetzten Versammlung der Arbeitslosen beizuwohnen. In langen Zügen drängten die Massen, von der Neuen Königstraße kommend, nach dem Königthor und der Straße am Friedrichshain, um sich Eintritt in dem um 9 Uhr bereits polizeilich abgesperrten Saal zu erzwingen. — Zurückgewiesen, versuchte die Menge am Königsthor Posto zu fassen und wurde zu wiederholten Malen von den Schutzleuten auseinandergetrieben, wobei die Berittenen blank zogen und mehrfache Verhaftungen vornahmen. Inzwischen waren die sämmtlichen entbehrlichen Beamten des 8. Polizeihauptmannschaft mobil gemacht worden welche größere Absperrungsmaßregeln in der Greifswalder- und Friedenstraße vornahmen und nach und nach trafen auch von anderen Hauptmannschaften die Reserven ein, so daß es gegen 10½ Uhr gelang, die Ansammlungen unmöglich zu machen. 400 Schutzleute hielten den Schweizer Garten, die Brauerei Friedrichshain und den Park gleichen Namens besetzt. Ein etwaiger Demonstrationszug der Arbeitslosen soll mit aller Gewalt gehindert werden. — Ueber die Versammlung der Arbeitslosen selbst wird geschrieben: Bereits um 10 Uhr Vormittags war der von etwa 2000 Personen besetzte Saal polizeilich gesperrt. In der Versammlung selbst herrschte musterhafte Ruhe; es waren nicht nur Arbeitslose erschienen, sondern auch anderes Publikum, so bemerkten wir z. B. Herrn Oberstlieutenant a. D. von Egidy. Um 10¾ Uhr betrat der Metallarbeiter Litfin die Rednertribüne und theilte mit, daß der Einberufer Rodrian verhaftet und man deswegen nicht im Besitz der polizeilichen Anmeldung sei. Die Versammlung könne daher nicht stattfinden, wohl aber würde innerhalb acht Tagen eine zweite einberufen werden, und man werde sich dann gegen solche Eventualitäten zu schützen wissen. Der Redner ersuchte die Versammlung, ruhig auseinanderzugehen und sich nicht zu dummen Streichen verleiten zu lassen. Die Menge verließ auch ruhig den Saal, doch gleich im Friedrichshain kam es zwischen Polizeibeamten und den aus der Versammlung Kommenden zu häßlichen Schlägereien, es wurde wieder von den Berittenen blank gezogen, und die Menge flüchtete nach dem Friedrichshain oder nach der Neuen Königstraße, um sich dann in den Seitenstraßen zu zerstreuen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 18. Jan. Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Kommando der Marine hat der Transportdampfer „Admiral" mit dem Detachement für Kamerun, Detachementsführer Hauptmann v. Kamptz, am 17. Januar Las Palmas angelaufen und darauf an demselben Tage die Reise nach Kamerun fortgesetzt.

S. M. Schulschiff „Nixe", Kommandant Kapitän zur See Riedel ist am 17. Januar in Havana angekommen und wird am 23. Januar nach Bermudas gehen.

S. M. Schulschiff „Stein", Kommandant Kapitän zur See v. Wietersheim, wird am 21. Januar von Kingston (Jamaica) nach La Guayra (Venezuela) abgehen.

Kiel, 18. Jan. Der bisherige Kommandant des Kreuzers „Bussard", Korvetten-Kapitän Flichtenhöfer, ist unter Verleihung des Kronenordens dritter Klasse abgelöst worden. Zu seinem Nachfolger ist Korvetten-Kapitän Scheder ernannt worden.

Königsberg i. Pr., 18. Jan. Der Magistrat beschloß den Oberbürgermeister Hoffmann für das Herrenhaus zu präsentiren.

Ulm, 18. Jan. Bei der heutigen Ziehung der Münster-Bau-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 75 000 Mark auf Nr. 175 471.

Rom, 18. Jan. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Massa ist die letzte Nacht daselbst ruhig verlaufen. Das Wetter ist andauernd sehr schlecht.

Massa, 18. Jan. General Hensch hat die Einsetzung eines Kriegsgerichts, sowie die Abgabe der Waffen Seitens der Bevölkerung verfügt und das Versammlungsrecht aufgehoben.

Paris, 18. Jan. In Chaumont wurde der Advokat Bresson als Anarchist verhaftet.

Paris, 18. Jan. Die Abtheilungen der Deputirten-Kammer wählten heute die Zollkommission. Unter den 33 Mitgliedern dieser Kommission befinden sich die Abgeordneten Méline, Mézières, Graux, Roux u. s. w. Nur fünf Mitglieder sind Freihändler, alle anderen sind Schutzzöllner und Anhänger der gegenwärtig giltigen Zölle. Mehrere Mitglieder verlangen sogar eine Erhöhung der Getreidezölle. Es scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß zunächst die Wirkungen der Kursschwankungen ausgeglichen und das Niederlagen-Regime geändert werden müsse, um die fiktiven Niederlagen zu beseitigen. — Die Regierung ernannte eine große, aus Mitgliedern des Parlaments und des Marineministeriums bestehende Kommission zur Untersuchung der die Bewaffnung und Verproviantirung der Marine betreffenden Fragen. — Die amtliche Bekanntmachung des Konversionsgesetzes sowie der bezüglichen Ausführungsbestimmungen ist erfolgt. Die Hinterlegung derjenigen Stücke, für welche die Zurückzahlung des Kapitalbetrages verlangt wird, muß in der Zeit vom 21. bis 28. d. M. geschehen.

Stockholm, 18. Jan. In der Thronrede, mit welcher heute der Reichstag eröffnet wurde, wurden unter anderem als neue Einnahmequellen die Einführung einer Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen. In dem dem Reichstag vorgelegten Budget verlangt die Regierung Kredite in Höhe von 10 622 000 Kronen, welche auf fünf Jahre vertheilt werden sollen, darunter 2 500 000 Kronen für das Jahr 1895 zur Entwickelung des Seevertheidigungsmaterials.

Kopenhagen, 18. Jan. Das Befinden der Königin hat sich gebessert; die Fiebererscheinungen sind geschwunden. Der König ist noch genöthigt, das Zimmer zu hüten.

Belgrad, 18. Jan. Auf Grund ihm von kompetenter Seite zugegangener Ermächtigung erklärt der „Odjek" alle Gerüchte über Verhandlungen des Königs behufs Bildung eines Koalitionsministeriums für eine böswillige Erfindung.

Newyork, 18. Jan. Die Regierung ladet zur Abgabe von Geboten ein auf 50 Millionen Dollars fünfprozentiger Bonds, rückzahlbar al pari nach zehn Jahren. Als Minimalpreis ist ein Cours von 117,22 Proz. festgesetzt, der sonach einer dreiprozentigen Verzinsung entspricht.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 19. Januar, Morgens.

Zwecks Herbeiführung einer Vereinigung zwischen der Freis. Vereinigung und der Freis. Volkspartei fand gestern Abend, wie mehrere Zeitungen melden, in Anwesenheit verschiedener Abgeordneten eine liberale Versammlung, jedoch ohne endgiltiges Ergebniß statt. Weitere Versammlungen sollen einberufen und neue liberale Vereine gegründet werden.

Aus Rom wird gemeldet: Der Ministerrath beschloß die Herabsetzung der Zulagen für sämmtliche Botschaften. Die Zulage des italienischen Botschafters in Berlin ist von 129 600 auf 90 000 Franks reduzirt.

Die belgische Deputirtenkammer erlangte, wie aus Brüssel gemeldet wird, die Gültigkeit des Gesetzes über die Ausländer trotz des Einspruches der fortschrittlichen Linken auf ein Jahr.

Aus Washington wird gemeldet: Das Komitee der Justizkommission erklärte die beabsichtigte Bons-Emission für durchaus ungesetzlich.

Bei Nictheroy fand, wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ein Gefecht statt, wobei 50 Personen getödtet wurden. Der Sieg ist unentschieden.

Marktberichte.

Bromberg, 18. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 130—134 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M., geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 140—150 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
18. Nachm. 2	748,6	SW mäßig	bedeckt	+ 1,0
18. Abends 9	748,0	S mäßig	bedeckt [1])	+ 1,5
19. Morgs. 7	749,2	SW frisch	bedeckt [2])	+ 1,7

Niederschlagshöhe in mm am 19. Jan. Morgens 7 Uhr: 3,6

[1]) Den Tag über mit Unterbrechung schwacher Regen. [2]) Nachts und früh Regen.

Am 18. Jan. Wärme-Maximum + 1,6° Cels.
Am 18. „ Wärme-Minimum — 1,6° „

Regen: 18. Januar 8 Uhr 1,75
19. „ 7 „ 1,90
3,65

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Jan. Morgens 0,78 Meter
„ „ 18. „ Mittags 0,78 „
„ „ 19. „ Morgens 0,74 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 18. Jan. **[Zur Börse.]** Wir haben nur nöthig, einige Erscheinungen am heutigen Börsenverkehr oder sagen wir die Kurse einiger Gattungen von Papieren aneinander zu reihen, um die Stimmung und Anschauung der Börse zu charakterisiren. 3proz. Scrips notiren 84,75 Proz. gegen 85,40 Proz., wie der gestrige Schlußkurs lautete: italienische Rente, gestern 75,10 Proz., fiel auf 72,90 Proz. Dagegen hoben sich russische Anleihen und ungarische Goldrente (um ⅜ Prozent). Das ist das Bild eines Gegensatzes in der Bewegung, der die Aufmerksamkeit auf die Lage lenken muß. Der vom preußischen Finanzminister heute vorgelegte Etat für 1894/95 ergiebt ein Defizit von 70,2 Millionen Mark, das durch eine Anleihe zu decken sein wird. Daher Verstimmung und Abgaben in inneren Anleihen. Einen harten Schlag fügt ferner dem Kapital der Rückgang der italienischen Werthe bei, zumal nicht abzusehen ist, wo er seine Endschaft erreichen wird. Diese beiden Momente übten einen verstimmenden Einfluß auf die Börse aus, der alle Gebiete berührte, wenn auch nicht überall in solchem Maße, um starke Kursabschwächungen herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu stand die Festigkeit der Russischen Anleihen, die in Paris außerordentlich begünstigt werden und bereits eine Kurshöhe erreicht haben, die wenig oder gar keine Gewinnchancen bietet. Allein man will in Paris angesichts der französischen Rentenkonversion gute Stimmung erhalten, um ihr einen großen Erfolg zu sichern. Freilich ist es kaum nothwendig, dafür besondere Vorkehrungen zu treffen, da nach den Bestimmungen der Konversion, die von einer gesunden und weiten Anschauung der französischen Finanzlage sprechen, wohl kaum ein Rest der 4½proz. Rente zur Rückzahlung kommen dürfte. Die Rechnung, die man sich in Wien auf diesen Rest macht, als ob er den österreichisch-ungarischen Werthen und einer Subskription der 40 Millionen Goldrente in Paris zu Gute kommen würde, scheint daher nicht ganz richtig zu sein. Allein von Wien aus hält man noch immer die Haussestimmung aufrecht und versuchte, wie bisher, die Kreditaktie zu poussiren. Dann wurden russische Noten hinaufgesetzt, angeblich zur Begrüßung des Zollbeiraths, der heute zusammentreten soll, woran die sichere Erwartung des Abschlusses eines deutsch-russischen Zollbündnisses geknüpft wird. (N. Z.)

Breslau, 18. Jan. (Schlußkurse.) Schwach.

Neue 3proz. Reichsanleihe 85,70, 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,60, Konsol. Türken 22,95, Türk. Loose 94,00, 4proz. ung. Goldrente 95,75, Bresl. Diskontobank 95,90, Breslauer Wechslerbank 94,00, Kreditaktien 218,00, Schles. Bankverein 110,50, Donnersmarckhütte 92,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 127,50, Oberschles. Eisenbahn 58,25, Oberschles. Portland-Zement 90,50, Schles. Zement 140,00, Oppeln. Zement 106,50, Kramsta 129,00, Schles. Zinkaktien —,—, Laura-

hütte 113,00, Verein. Oelfabr. 84 00, Oesterreich. Banknoten 163,00, Russ. Banknoten 219,60, Giesel Cement 92,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91,10, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,10.

Paris, 18. Jan. (Schlußkurse.) Fest.

3proz. amortit. Rente 98,20, 3proz. Rente 98,22 1/2, Italien. 5proz. Rente 72,00, 4proz. ungar. Goldrente 95,18, III. Orient-Anleihe 69,60, 4proz. Russen 1889 99,75, 4prozent. unif. Egypter 102,75, 4proz. span. ä. Anleihe 63 1/2, konv. Türken 23,27 1/2, Türken-Loose 99,60, 4prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 470,00, Franzosen —,—, Lombarden 241,25, Banque Ottomane 608 00, Banque de Paris 635,00, Banq. d'Escomte 35 00, Rio Tinto-A. 365,60, Suezkanal-A. 2691,00, Cred. Lyonn. 778,00, B. de Francs 4150,00, Tab. Ottom. 411,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 3/8, Londoner Wechsel k. 25,14 1/2, Chéq. a. London 25,16 1/2, Wechsel Amsterdam k. 206,62, do. Wien kl. 199,00, do. Madrid k. 406,00, Meridional-A. 485,00, Wechs. a. Italien 13 1/2, Robinson-A. —,—, Portugiesen 20,31, Portug. Tabaks-Obligat. 333,00, 3proz. Russen 84,90, Privatdiskont —.

London, 18. Jan. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2 3/4 proz. Consols 98 7/8, Preußische 4proz. Consols —,—, Italien. 5proz. Rente 72, Lombarden 9 5/8, 4proz. 1889 Russen, (II. Serie) 100, konv. Türken 23, österr. Silberr. 78,00, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 94 1/2, 4prozent. Spanier 63 1/2, 3 1/2proz. Egypter 98 1/2, 4proz. unific. Egypter 101 7/8, 4 1/4 proz. Tribut-Anl. 101 3/4, 6proz. Mexikaner 65, Ottomanbank 14 1/4, Canada Pacific 73 5/8, De Beers neue 15 7/8, Rio Tinto 14 1/2, 4proz. Rupees 64 5/8, 6proz. fund. arg. A. 69, 5proz. Arg. Goldanleihe 64 1/2, 4 1/2proz. äuß. do. 41, 3proz. Reichsanleihe —, Griech. 81er Anleihe 31, do. 87er Monopol-Anleihe 33 1/2, 4proz. 89er Griechen 25 1/2, Bras. 89er Anl. 58 3/4, Platzdiskont 1 3/8, Silber 31 3/4.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,58, Wien 12,65, Paris 25,35, Petersburg 25 5/16.

Frankfurt a. M., 18. Jan. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 288 3/4, Franzosen 258 3/8, Lombarden 90 7/8, Ungar. Goldrente 96,00, Gotthardbahn 148,60, Diskonto-Kommandit 172 10, Dresdner Bank 131,10, Berliner Handelsgesellschaft 129,70, Bochumer Gußstahl 121,90, Dortmunder Union St.-Pr —,—, Gelsenkirchen 144,80, Harpener Bergwerk 137,50, Hibernia 116,20, Laurahütte 113,50, 3proz. Portugiesen 20,90, Italienische Mittelmeerbahn 73,20, Schweizer Centralbahn 112,90, Schweizer Nordostbahn 103,40, Schweizer Union 74,70, Italienische Meridionaux 100,20, Schweizer Simplonbahn 51,30, Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 65,10 Italiener 73,40. Fest.

Hamburg, 18. Jan. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 288,90, Lombarden 219,00 Diskonto-Kommandit 171 80, Russische Noten 219,75, Nordd. Bank —,—, Italiener 73,00, Deutsche Bank —,—, Laurahütte —,—, Packetfahrt —,—, Dresdner Bank —,—. Still.

Petersburg, 18. Jan. Feiertag.

Rio de Janeiro, 17. Jan. Wechsel auf London 10 3/16.

Bremen, 18. Jan. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Stetig. Loko 5,05.

Baumwolle. Stetiger. Upland middl. loko 41 1/2 Pf., Upland, Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, per Jan. 41 1/4 Pf., p. Febr. 41 1/4 Pf., p. März 41 1/2 Pf., p. April 41 3/4 Pf., p. Mai 42 Pf., p. Juni 42 1/4 Pf.

Schmalz. Matt. Loko Wilcox 44 Pfg., Armour shield 43 Pf., Cudahy 45 1/2 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 36 Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middl. loco 38 1/2, Januar-Abladung 37 1/2.

Wolle. Umsatz: — Ballen.

Tabak. Umsatz: 72 Packen Carmen.

Hamburg, 18. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Jan. 12,42 1/2, p. März 12,57 1/2, per Mai 12,67, per Sept. 12,70. Behauptet.

Hamburg, 18. Jan. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Jan. 83 3/4, per März 83 1/4, per Mai 81 1/2, per Sept. 78 1/2. Schleppend.

Paris, 18 Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 34,50. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Jan. 37,37 1/2, p. Febr. 37,37 1/2, per März-Juni 37 50, per Mai-Juni 37,62 1/2.

Paris, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 21,20, per Februar 21,50, per März-April 21,80, per März-Juni 22,00. — Roggen ruhig, p. Jan. 14,70, per März-Juni 15,10. — Mehl fest, per Januar 44,90, per Februar 45,40, per März-April 45,90, per März-Juni 46,20. Rüböl fest, per Januar 58,75, per Februar 58,75, per März-April 59,00, per März-Juni 58,50. — Spiritus ruhig, per Jan. 34,75, per Febr. 35,25, per März-April 35,75, p. Mai-August 36,75. — Wetter: Regnerisch.

Havre, 18. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Hausse.

Rio 5000 Sack, Santos 5000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 18. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Jan. 104,75, per März 104,50, p. Mai 102,00. Unthätig.

Antwerpen, 18. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12 1/8 bez., 12 1/4 Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12 1/4 Br., per Sept.-Dez. 12 3/4 Br. Fest.

Antwerpen, 18. Januar. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Amsterdam, 18. Jan. Getreidemarkt. Weizen per p. März 154, per Mai 156. Roggen per März 111, per Mai 111. — Rüböl pr. Mai 24.

Amsterdam, 18 Jan. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 18. Jan. Bancazinn 45 1/2.

London, 18 Jan. Chili-Kupfer 41 7/8, p. 3 Monat 42 3/8.

London, 18. Jan. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. Wetter: Heiter.

Glasgow, 18. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 1 d.

Liverpool, 18. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ball., davon für Spekulation u. Export 1000 Ball. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 4 9/32 Verkäuferpreis, Febr.-März 4 19/64 do., März-April 4 5/16 Käuferpreis, April-Mai 4 11/32 do., Mai-Juni 4 3/8 Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 25/64 Käuferpreis, Juli-August 4 27/64 do., August-September 4 7/16 d. do.

Liverpool, 18. Jan. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 4 1/8, do. low middling 4 1/4, Amerikaner middl. 4 3/16, do. good middling 4 1/2, do. middling fair 4 15/16, Pernam fair 4 9/16, do. good fair 4 3/4, Ceara fair 4 7/16, do. good fair 4 5/8, Egyptian brown fair 4 15/16, do. do. good fair 5, do. do. good 5 3/8, Peru rough fair —, do. do. good fair 5 7/8, do. do. good 6, do. do. fine 6 3/8, do. moder. rough fair 4 3/4, do. do. good fair 5 1/16, good 5 3/8, do. smooth fair 4 7/16, do. do. good fair 4 5/8, M. G. Broach good 4 1/8, do. fine 4 9/16, Dhollerah good 3 3/4, do. fully good 3 7/8, fine 4 1/16, Oomra good 3 13/16, do. fully good 3 15/16, do. fine 4 1/8, Scinde good fair —, do. good 3 1/2 Bengal fully good 3 3/4, do. fine 3 15/16.

Newyork, 17. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8 1/13, do. in New-Orleans 7 9/16. Petroleum fest, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Jan. 80 1/8. Schmalz Western steam 8,25, do., Rohe u. Brothers 8,60. Mais p. Jan. 41 3/4, do. p. Febr. 42 1/2, do. p. Mai 44 1/2. Rother Winterweizen 67 3/8, do. Weizen p. Januar 65 7/8, do. Weizen p. Febr. 66 3/8, do. Weizen per März 67 1/2, do. Weizen p. Mai 69 5/8. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 18 1/4, do. Rio Nr. 7 p. Februar 16,67, do. Rio Nr. 7 p. April 16,20. — Mehl Spring clears 2,35. — Zucker 2 5/8. — Kupfer loko 10,25.

Chicago, 17. Jan. Weizen per Jan. 59 1/2, per Mai 64 1/2. — Mais per Jan. 34 1/2. — Speck short clear nom. Pork per Jan. 13,05.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 19 Jan. Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 18. Jan. Salpeter loko 8,80, Februar-März 8,85. Ruhig.

Newyork, 18. Jan. Weizen per Jan. 66 3/8 C., per Febr. 66 7/8 C.

Berliner Produktenmarkt vom 18. Januar.

Wind: SW., früh + 3 Gr. Reaum., 752 Mm. — Wetter: Regnerisch.

Am heutigen Markte zeigte sich anfänglich für Roggen einige Kauflust, die infolge des außerordentlich beschränkten Verkehrs etwa 1/2 M. höhere Preise anzulegen genöthigt war; auf den Handel in Weizen blieb das aber ohne Rückwirkung, weil aus Nordamerika wiederum schlechtere Notirungen vorlagen, und fortgesetzt Angebot von La Plata-Ladungen am Markt ist; daraufhin vermochte dieser Artikel im Gegentheil kaum den gestrigen Preisstand zu behaupten, und schließlich ist dadurch auch die Tendenz für Roggen wieder ermattet, sodaß die letzten Notirungen gegen gestern unverändert sind. Hafer ging nicht um und notirt nominell unverändert.

Roggenmehl blieb andauernd still.

Rüböl hat sich abermals eine Kleinigkeit gebessert.

Spiritus mußte vorübergehend noch weiter nachgeben, schloß aber befestigt und gegen gestern ziemlich unverändert.

Weizen loco 137—149 Mark nach Qualität gefordert, Mai 149—148,75—149 M. bez., Juni 150 M. bez., Juli 151,25 bis 150,75—151 M. bez., August 152,25 M. bez., September 153,75 bis 153,50 M. bez.

Roggen loco 125—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126—126,50 M, etwas klammer do. 123,50 M. ab Bahn bez., Jan. 127 M. bez., April 130,75 M. bez., Mai 131,50 bis 131,75—131,25 M. bez, Juni 132—131,75 M. bez.

Mais loko 112—121 M. nach Qualität gef., Januar 112 M. nom., Mai 107—106,50 M. bez., Juni 107,25 M. bez., Juli 108 M. bez., September 110 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 110—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 141—180 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 142—162 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 143—163 M., do. schlesischer 143—162 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 165—173 M. ab Bahn bez., Mai 140,50 M. bez., Juni 139,25 M. bezahlt.

Erbsen Kochwaare 160—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46 M. bez., April-Mai 46,9 M. bez., Mai 47 M. bez., Oktober 47,9 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25 bis 15,50 M. bez., Januar 16,25 M. bez., Mai 17,00 M. bez., Juni 17,10 M. bez., Juli 17,25 M. bez.

Petroleum loko 19,80 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 52,2 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,4 M. bez., Januar 36,2 M. bez., April 37,5—37,2 bis 37,4 M. bez., Mai 37,7—37,4—37,6 M. bez., Juni 38,1—37,9 bis 38,8 M. bez., Juli 38,5—38,3—38,4 M. bez., August 39—38,7 bis 38,8 M. bez., September 39,3—39—39,1 M. bez.

Kartoffelmehl Januar 15,00 M. Br.

Kartoffelstärke, trockene, Jan. 15,00 M. B. (R. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling — 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto

Bank-Diskonto		Wechselv. 18. Jan.	
Amsterdam	5	8 T.	169,00 G.
London	3	8 T.	20,38 bz
Paris	2 1/2	8 T.	81,05 G.
Wien	5	8 T.	162,90 bz
Petersburg	5 1/2	3 W.	218,20 bz
Warschau	5	8 T.	219,00 bz B.

In Berl. 4. Lomb. 4 1/2 u. 5. Privatd. 2 3/4 bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	16,19 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,38 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,00 bz B.
Oestr. Noten 100 fl.	163,00 bz
Russ. Noten 100 R.	220,85 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,20 bz
do. do.	3 1/2	100,30 bz G.
do. do.	3	85,25 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,25 bz
do. do.	3 1/2	100,60 bz G.
do. do.	3	85,30 bz
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,20 bz
Sts.-Schld-Sch	3 1/2	99,90 G.
Berl. Stadt-Obl	3 1/2	98,20 bz B.
do. do. neue	3 1/2	98,20 bz B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3 1/2	95,40 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	
do.	4 1/2	107,70 G.
do.	4	105,00 bz
do.	3 1/2	98,30 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3 1/2	98,00 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3 1/2	99,70 bz
do.	4	
Ostpreuss	3 1/2	96,20 B.
Pommer.	3 1/2	98,00 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,10 B.
do.	3 1/2	96,90 bz B.
Schls. altl.	3 1/2	97,70 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3 1/2	97,70 G.
do.	4	
do. neu do.	3 1/2	97,70 G.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3 1/2	96,70 bz
do. neu I. II.	3 1/2	96,70 bz
Renten: Pommer.	4	103,10 G.
Posensch.	4	103,10 G.
Preuss.	4	103,10 G.
Schles.	4	103,20 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	104,50 G.
Bayer. Anleihe	4	107,00 bz G.
Brem. A. 1892	3 1/2	
Hmb. Sts. Rent.	3 1/2	98,10 bz B.
do. do. 1886	3	84,90 bz
do. amort. Anl.	3 1/2	96,90 G.
Sächs. Sts. Anl.	3 1/2	
do. Staats-Rnt.	3	86,00 G.
Prss. Präm-Anl	3 1/2	120,00 G.
H. Pr.-Sch. 40 T	—	383,50 bz
Bd. Präm.-Anl.	4	135,00 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,30 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	104,90 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	130,75 bz
Dess. Präm.-A.	3 1/2	
Ham. 50 T.-L.	3	131,75 bz
Lüb. 50 T.-L.	3 1/2	126,40 bz
Mein. 7 Guld.-L.	—	26,75 B.
Oldenb. Loose	3	128,50 B.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	46,50 bz
do. 1888	4 1/2	40,40 bz
Bukar. Stadt-A.	5	95,25 bz B.
Buen. Air. Obl.	5	31,30 bz
Chines. Anl.	5 1/2	104,00 bz B.
Dän. Sts.-A. 86.	3 1/2	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3 1/2	97,50 G.
do. do.	4	102,75 G.
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	59,40 bz
Griech. Gold-A	5	30,70 bz G.
do. cons. Gold	4	25,60 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	28,00 bz G.
Italien. Rente	5	72,70 bz B.
Kopenh. St.-A.	3 1/2	93 40 G.
Lissab. St. A. I. II	4	52,00 bz G.
Mexikan. Anl.	6	65,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,25 G.
Norw. Hyp-Obl	3 1/2	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97,80 bz B.
do. Pap.-Rnt.	4 1/5	
do. do.	4 1/5	
do. Silb.-Rent.	4 1/5	93,80 G.
do. 250 Fl. 54.	4	147,00 bz
do. Kr 100 (58)	—	322,50 bz
do. 1860er L.	5	145,90 bz
do. 1864er L.	—	324,00 bz G.
Poln. Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4 1/2	67,20 bz G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,40 bz
Port. A 88—89	—	28,10 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	101,40 B.
Röm. Stadt-A.	4	
do. II. III. VI.	4	66,50 bz G.
Rum. Staats-A.	4	81,90 bz
do. Rente 90	4	82,00 B.
do. do. fund.	5	101,80 bz
do. do. amort.	5	95,00 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,40 bz G.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4 1/2	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,10 bz
III. Orient 1879	5	69,40 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864.	5	166,75 bz
do. 1866.	5	153,25 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,90 G.
do. neue.	4 1/2	103,70 bz
Schwedische	3 1/2	96,30 bz B.
Schw. d. 1890	3 1/2	96,40 bz
do. 1883	4	101,00 bz G.
Schw. Hyp.-Pf.	4 1/2	102,20 bz G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	77,50 bz G.
do. Rente	5	69,80 bz G.
do. neue 85	5	70,25 G.
Stockh. Pf. 85.	4 1/2	102,00 bz
do. St.-Anl. 86	4	99,75 bz G.
Span. Schuld.	4	63,25 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,45 G.
do. Consol. 90	4	94,90 bz
do. Zoll-Oblig	5	99,70 G.
Trk. 400 Frc.-L	—	92,20 bz
do. Eg Trib-Anl.	4 1/4	
Ung. Gld-Rent.	4	96,00 B.
do. Gld.-Inv.-A.	4 1/2	101,30 G.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose	—	255,10 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,20 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	59 40 B.
Altenbg.-Zeitz	—	189,50 bz
Crefelder	—	72,80 bz
Crefld-Uerdng	—	87,00 G.
Dortm.-Ensch.	—	110,25 bz
Eutin. Lübeck.	—	42,00 bz B.
Frnkf.-Güterb.	—	
Ludwsh.-Bexb.	9 1/4	
Lübeck-Büch.	—	136,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	112,20 bz
Marnb.-Mlawk.	1/2	76,40 bz G.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101 90 bz
Ostpr. Südb.	—	76,00 bz
Saalbahn	—	24 90 bz B.
Stargrd-Posen	4 1/2	102,60 bz
Weimar-Gera.	—	15,00 bz G.
Werrabahn	—	50,00 bz G.
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7 1/2	
Brünn. Lokalb.	—	92,00 bz G.
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	70,50 bz
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	5	104,20 bz
Graz-Köflsch.	—	
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4 3/4	
Lemberg-Cz.	7	
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	—	101,25 bz G.
do. Nordw.	4 1/2	106,30 bz G.
do. Lit. B. Elb.	—	
Raab-Oedenb.	—	29,60 bz
Reichenb.-P.	—	
Südöstr. (Lb.).	—	48,70 bz
Tamin-Land.	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	66,50 bz G.
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	101,00 bz G.
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest.	—	71,90 bz G.
Russ. Staatsb.	6,56	148,80 G.
do. Südwest.	5,45	78,30 G.
Wrsch.-Teres.	5	108,70 bz
Wrsch.-Wien.	14 1/2	226,70 G.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	1 1/2	98,75 bz
Gotthardbahn	6 1/2	153,00 bz
Ital. Mittelm.	5	73,50 bz
Ital. Merid.-Bah	7 1/5	99,20 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	32,00 bz G.
Lux. Pr. Henri	2,7	61,50 bz
Schweiz. Centr	4	
do. Nordost	5	107,50 bz
do. Unionb.	2 2/5	
do. Westb.		
Westsicilian	3 3/5	42,75 B.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4 1/2	112,00 bz
Bresl.-Warsch	1 3/20	56,00 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-Bodnb AB	—	
Paul.-Neu-Rup	5 1/2	111,40 bz
Prignitz	4 1/2	
Szatmar-Nag.	6	
Dortm.-Gron.	4 1/2	115,00 bz G.
Marienb Mlawk	5	111,00 bz G.
Meckib. Südb.	—	54,50 bz
Ostpr. Südb.	2	106,50 bz
Saalbahn	3 1/2	93,90 bz
Weimar-Gera	3 2/3	85,40 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn.	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	101,90 bz B.
Oberschl.	3 1/2	
do. (Starg Pos)	4	
Ostpr. Südbahn	4 1/2	103,80 G.
do. do.	4 1/2	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4 1/2	101,80 G.
Dux-Bodenb. I.		103,00 B.
Dux-Prag G-Pr	4	100,75 bz
do. 1891	4	100 75 bz
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4 1/2	
do. do. 1890	4	92,70 bz G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,75 bz G.
Kronp Rudolfb.	4	92,50 G.
do. Salzkammg	4	100,80 bz
Lmb Czern. stfr	4	92,70 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	85,60 bz
do. Staats-I. II.	5	108,30 G.
do. Gold-Prio.	4	101,10 B.
do. Lokalbahn	4	100,10 B.
do. Nordwestb.	5	104,10 G.
do. NdwB. G-Pr	5	107,90 bz
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,50 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	60,75 B.
do. Obligation.	5	104,50 bz G.
do. Gold-Prior.	4	97,70 G.
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo.	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4 1/2	
Kozlow-Wor. g.	4	95,00 bz
do. 1889	4	95,30 bz G.
do. Chark. As. (O)	4	95,00 bz
do. (Oblig.) 1889	4	95,75 bz
Kursk-Kiew conv	4	95,40 bz G.
Losowo-Sebast.	5	100,25 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	95,70 bz G.
do. Smolensk g.	5	103,60 G.
Orel-Griasy conv	4	95,10 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,10 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	103,60 G.
Rybinsk-Bolog.	5	96,75 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	98,90 G.
Transkaukas. g.	3	83,50 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,75 G.
Warsch.-Wienn.	4	101,50 bz
Wladikawk. O. g.	4	98,80 bz G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,50 bz G.
Gotthardbahnov.	4	102,40 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	46,00 bz G.
Süd-Ital. Bahn.	3	49,00 bz
Serb. Hyp.-Obl.	5	75,00 bz G.
do. Lit. B.	5	68,00 bz G.
Central-Pacific.	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4 1/2	95,30 G.
Northern Pacific	6	104,70 G.
San Louis-Franc.	6	89,00 G.
Southern Pacific	6	102,50 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3 1/2	113,30 bz
do. do. II.	3 1/2	108,00 B.
do. do. III. abg.	3 1/2	98,80 G.
do. do. IV. abg.	3 1/2	95,10 G.
do. do. V. abg.	3 1/2	94,50 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,10 G.
do. do.	4	102,50 bz G.
do. do.	3 1/2	94,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3 1/2	93,90 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,75 bz
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,25 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,25 G.
do. do. (rz. 115)	4 1/2	115,80 G.
do. do. X (rz. 110)	4 1/2	112,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,80 bz G.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3 1/2	95,50 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3 1/2	95,25 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4 1/2	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3 1/2	95,00 bz
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4 1/2	
do. do. do.	4	101,75 bz
do. do. do.	3 1/2	95,00 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4 1/2	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4 1/2	105,25 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,50 G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	69,00 bz G.
Berl. Cassenver.	4 1/2	127,40 G.
do. Handelsges.	6	133,50 bz
do. Maklerver.	8 1/2	115,30 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6 1/2	
Bresl. Disc.-Bk.	5	95,50 bz B.
do. Wechslerbk.	4 1/2	
Danz. Privatbank	7 1/3	137,25 G.
Darmstädter Bk.	5 1/4	
do. do. Zettel	3,70	
Deutsche Bank.	8	156,70 bz
do. Genossensch	4 5/6	111,90 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	118,10 G.
Disc.-Command.	6	176,00 bz
Dresdener Bank	7	135,00 bz G.
Gothaer Grund-creditbank	3 1/2	86,50 bz G.
Internat. Bank.		
Königsb. Ver.-Bk	5	96,60 G.
Leipziger Credit	8 1/2	174,75 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,60 G.
Maklerbank	5	105,75 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	136,50 bz B.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	109,40 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4 1/2	95,90 bz
Nationalbk. f. D.	5	107,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	96,50 bz G.
Oester. Credit-A.	9 1/16	217,90 bz
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,25 bz G.
Posen. Prov.-Bk.	4 1/2	104,25 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,50 bz B.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9 1/2	158,25 B.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6 1/2	123,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	104,60 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	18	224,50 G.
do. Leihhaus	6	91,75 G.
Reichsbank	7,55	149,60 bz G.
Russische Bank.	5	90,00 bz
Schles. Bankver.	5 1/2	110,00 bz
Warsch. Comerz	9	
do. Disconto	7 1/2	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	8 1/2	138,00 bz G.
Anglo. Ct. Guano	11 3/4	151,60 G.
Bauges. Berl.-Charl.	7 4/5	784,00 bz B.
Bauges. City St.-Pr.	0	
Bauges. Dtsche. Bau	3	77,00 G.
Bauges. Hann.-St. P.	3 1/2	66,75 G.
Bauges. Humb.	5 1/2	
Moabit	8	134,00 B.
Passage	3 1/2	65,00 B.
U. d. Linden.	0	
Berl. Elekt.-W.	8 1/2	156,75 bz
Berl. Lagerhof	0	82,00 G.
do. do. St.-Pr.	9	117,75 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	43,90 bz
Berl. Bock-Br.	0	51,00 bz G.
Schultheiss-Br.	15	230,40 bz
Bresl. Oelw.	4 1/2	84,00 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,00 G.
Deutsche Asph.	5	78,75 G.
Dynamit Trust.	10	130,75 bz G.
Erdmannsd. Sp.	5 1/2	87,50 G.
Fraust. Zucker.	0	110,00 bz G.
Glauz. Zucker	12	110,90 B.
Gummi Har Wien	25	280,50 bz G.
do. Schwanitz	12 1/2	180,50 G.
do. Voigt Winde	8	131,00 G.
do. Volpl. Schldt.	4	92,75 G.
Hemmoor Cem.	6	104,00 bz G.
Köhlin. Strk.	14	224,00 B.
Körbisdf. Zucker	2 1/2	101,25 bz G.
Löwe & Co.	18	243,00 bz
Bresl. Linke	10	
do. Hofmann.	10	132,00 B.
Germ. Vrz.-Akt.	—	69,75 bz G.
Görlitz Körn.	7	116,50 bz G.
Görl. Lüdr.	9	136,10 G.
Grusonwerk		
H. Pauksch	2	59,25 G.
Schwarzkopff	15	222,70 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	105,50 G.
Sudenburg	14	174,00 G.
O.-Schl. Cham.	—	57,50 G.
do. Portl.-Cem.	1 1/2	89,80 G.
Oppeln. Cem.-F.	4	106,20 bz
do. (Giesel).	2	90,75 bz
Gr. Berl. Pferdeb.	12 1/2	230,50 G.
Hamb. Pferdeb.	0	98,50 B.
Potsd. ov. Pferdb.	5	89,75 bz G.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	3	70,75 bz G.
Schles. Cement.	7 1/2	139,50 bz
Stett. Bred. Cem.	2	82,90 bz
do. Chamott.	15	195,50 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	
Berzelius.	10	116,20 bz
Bismarkhütte	8	154,75 bz G.
Boch. Gusst.-F.	3 1/2	121,10 bz
Donnersmarck.	—	91,00 bz
Dortm. St.-Pr. A.	—	27,75 bz G.
Gelsenkirchen	9	148,50 bz
Hibernia	5 1/2	120,00 G.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	28,50 bz
Inowracl. Salz	1	42,50 bz G.
König u. Laura.	3	112,75 bz
Lauchham. cv.	4 1/2	93,50 bz
Louis. Tief. St.-P.	—	100,50 bz G.
Oberschl. Bed.	1/2	57,90 bz
do. Eisen-Ind.	4 1/2	97,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	0	7,10 G.
Riebeck. Mont.	11	162,25 bz
Schles. Kohlw.	0	23,25 bz G.
do. Zinkhütte	15	176,80 bz
do. do. St.-Pr.	15	177,50 bz
Stolb. Zink-H.	1	33,50 G.
do. St.-Pr.	6	100,50 G.
Tarnowitz ov.	0	49,75 bz
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.